

Tarifrunde | 11.02.2016 | Lesezeit 2 Min.

Spiel mit dem Feuer

Die IG Metall will mit einer Lohnforderung von 4,5 bis 5 Prozent für zwölf Monate in die Tarifrunde gehen. Damit gefährdet die Gewerkschaft nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch den Fortbestand des Flächentarifvertrags.



Die derzeit diskutierte Lohnforderung liegt zwar unter den Forderungen der Vorjahre. Positiv ist auch, dass die IG Metall die Unternehmen diesmal nicht mit weiteren Tarifthemen überfrachten will. Gleichwohl wirft die Forderung zwei gravierende Probleme auf:

- **Die IG Metall gefährdet mit ihren hohen Forderungen und Abschlüssen den Bestand des Flächentarifvertrags.** Dieser hat sich seit den Flexibilisierungsmöglichkeiten im Rahmen des „Pforzheimer Abkommens“ weitgehend stabilisiert. Zwar ist die Zahl der tarifgebundenen Betriebe nach wie vor leicht rückläufig. Die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigten aber ist zuletzt wieder gestiegen.

An einer Fortsetzung dieser Entwicklung müsste auch der IG Metall gelegen sein. Denn der Flächentarifvertrag sichert nicht nur eine homogene Lohnentwicklung, sondern auch vergleichbare Arbeitszeiten, Zuschlags- oder Urlaubsregelungen.

Die Tarifparteien sind gut beraten, die Bereitschaft der Betriebe, sich an einen Arbeitgeberverband zu binden, mit angemessenen Abschlüssen und flexiblen Elementen zu erhalten und zu stärken.

Das war aber zuletzt nicht der Fall. Die von der Gewerkschaft durchgesetzte Tarifierhöhung um 3,4 Prozent war für viele Betriebe kaum zu verkraften. Seit der Krise 2008/09 haben die Tarifverdienste um rund 20 Prozent zugelegt, ohne dass es zu einem nennenswerten Produktivitätszuwachs gekommen ist (vgl. iwD 49/2015).

Hinzu kommt eine Überfrachtung der Tarifrunden mit sogenannten qualitativen Themen wie zuletzt der Bildungsteilzeit. Dies mag aus Sicht der Gewerkschaft hilfreich sein. Es fördert aber die Vorbehalte vieler Betriebe gegenüber einer Flächentarifbindung.

Überdies fehlte in den vergangenen Abschlüssen eine flexible Komponente. Die IG Metall verweist zwar gerne auf das „Pforzheimer Abkommen“ von 2004. Es kann aber nicht Sinn einer Tarifrunde sein, Maximalbedingungen zu vereinbaren, die viele Betriebe erst in eine Schieflage bringen – um dann bei der IG Metall um Ergänzungstarifverträge mit temporären Erleichterungen bitten zu müssen.

- **Mehr und mehr Betriebe kommen an ihre finanzielle Belastungsgrenze.** Die Arbeitnehmer konnten durch die expansive Lohnpolitik der vergangenen Jahre zum Teil kräftige Reallohngewinne einfahren (Grafik). Die Kehrseite der Medaille: Die Betriebe mussten kräftig steigende Lohnstückkosten schultern. Im Jahr 2012 stiegen diese in der Metall- und Elektro-Industrie um 6 Prozent, 2013 um 4,2 Prozent, 2014 um 1,6 Prozent und 2015 um 2,7 Prozent. Diese Kostenbelastung untergräbt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet Arbeitsplätze.

Aufgrund der dynamischen Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre ist das Produktivitätswachstum sowohl gesamtwirtschaftlich als auch in der M+E-Industrie gering gewesen, zum Teil sogar negativ. Da die Produktivitätsentwicklung den Rahmen für die Lohnsteigerungen vorgibt, war der Verteilungsspielraum eng. Die Löhne sind aber kräftig gewachsen. Ein solches Leben über die Verhältnisse wird sich langfristig rächen. Schon heute wird in Deutschland wenig investiert und der Aufschwung steht nur noch auf einem Bein, dem Konsum.

Kernaussagen in Kürze:

- Die IG Metall will mit einer Lohnforderung von 4,5 bis 5 Prozent für zwölf Monate in die Tarifrunde gehen.
- Die IG Metall gefährdet mit ihren hohen Forderungen und Abschlüssen den Bestand des Flächentarifvertrags.
- Mehr und mehr Betriebe kommen an ihre finanzielle Belastungsgrenze.